

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands

(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Ercheitel wöchentlich
Anzugspreis: Monatlich 1,20 M. Post
Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40 Reichstagshof 3
Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei, Dautinger & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis
Bezugsanfragen: die lediggedruckte Konjunkturbeilage zu Bolschewismus
Gratulationen b. Seite 50 Goldstg., für Bezugsanfragen b. Seite 40 Goldstg.

Die Krise des Bolschewismus.

Von N. K. Kramowitsch-Jesimof.

Die Bolschewistische Partei in Rußland, diese noch bis zum Jahre 1921 auf ihre innere Geschlossenheit und aufrichtige Disziplin so stolze Organisation, ist in Spaltung begriffen. Die „Opposition“ erhebt trotz aller Schikanen, immer drohender ihr Haupt und schickt sich an, „aufs Ganze“ zu gehen. Schon ist die Kluft, die die beiden Lager trennt, so breit, die innere Lage der Partei so ernst, daß die regierende Partei, „mehrheit“ im Kampfe gegen die wachsende Opposition kein Machtmittel ungebraucht läßt: auf dem Versuch der Bildung einer „zweiten Partei“ antwortet sie mit den drakonischsten Gewaltmaßnahmen des Partei- und Volksterrors. Häupter des Oktoberumstuzes, Führer der bolschewistischen Bewegung wie Trotzki, Kamenew, Sinowjew, Katoski, Smilga und viele andere noch werden „auf höheren Befehl“ aus der Partei ausgeschlossen, zu Konterrevolutionären und Verrätern erklärt, der Ljapeta ausgeliefert, nach den entlegensten Gegenden Sibiriens und des fernen Nordens deportiert. . . . Die somit zur Laßsache gewordene Spaltung der Bolschewistischen Partei Rußlands beginnt auch in den kommunistischen Parteien in den anderen Ländern sich in zunehmendem Maße auszuwirken.

Wieso ist das denn gekommen? Wer ist die bolschewistische Opposition? Durch welche wirtschaftlichen Lebensfaktoren wurde ihr Entstehen bedingt? Wodurch wurde ihr Bruch mit der regierenden Parteigruppe unvermeidlich? Und schließlich: Wie sind die Aussichten ihrer Weiterentwicklung?

Die Beantwortung dieser Fragen kann nicht schwerfallen, wenn wir uns das Wesen des Bolschewismus und seine eigentliche Rolle in der russischen Revolution klar vor Augen führen.

Sollte die Bolschewistische Partei der ihr von der Revolution gestellten großen Aufgaben — Befreiung des russischen Bauern von wirtschaftlicher Hörigkeit — gerecht werden, so mußte sie im entscheidenden Augenblick sich ebenso auf das Bauerntum wie auf die industrielle Lohnarbeiterschaft stützen können. Und sie konnte es auch: denn als eine klassenlose, rebellistische Intellektuellenpartei — die sie bis zum Revolutionsausbruch immer war und ihrer eigentlichen Wesenheit gemäß bis auf den heutigen Tag geblieben ist — war sie von allen damaligen Parteien am meisten dazu geeignet, sich auf zwei derartig verschiedene Klassenfronten, wie es die bäuerliche und proletarische sind, gleichzeitig zu stützen. Darin bestand ihre gewaltige Augenblicksstärke — jene politische Stofkraft, die ihr zum Siege, zur Eroberung der Staatsgewalt verhalf. Aber gerade diese tüchtige Stärke barg in sich die Todeskeime ihres Bestehens, wurde zum Anfang vom Ende der bolschewistischen Parteieinheit.

Es fiel den Bolschewisten nicht schwer, den Arbeitern in der Stadt den baldigen Sozialismus zu versprechen und als „ersten Schritt“ auf diesem Wege die Rationalisierung der unternehmenden, von jeher auf Staatsaufträge angewiesenen, überdies zurzeit völlig brachliegenden russischen Industrie durchzuführen —, gleichzeitig aber den Großgrundbesitz unter die Bauern aufzuteilen und somit den Grundstein zur kommenden kapitalistischen Privatwirtschaft auf dem Flachlande zu legen. Solange nun der „Kriegskommunismus“ anhielt und die Bürgerkriege dauerten, die Arbeiter der nicht produzierenden Industriebetriebe einfach aus Staatsmitteln ausgehalten, die Bedürfnisse des Bauern als Produzenten völlig in den Hintergrund gedrängt wurden —, so lange blieben die sozialen Gegensätze zwischen der russischen Bauernwirtschaft und der nationalisierten Industrie noch verdeckt. Als es sich aber im Verlauf der seit 1921 begonnenen Wiederkapitalisierungspraxis („Neue Wirtschaftspolitik, NEP.“) mit Deutlichkeit herausstellte, daß die nationalisierte Industrie völlig unfähig ist, sich aus eigenen Kräften zu halten und sich nur auf Kosten der Bauernwirtschaft entwickeln kann; als der Lebensstandard der Arbeiterschaft, ohne das Hungerniveau der Vorkriegszeit erreicht zu haben, in den letzten Jahren sich immer mehr zu verschlechtern begann, und als andererseits der wirtschaftende Bauer unter der Industriearbeiterkrise immer mehr zu leiden und infolge der zunehmenden Teu-

erung der Industrieerzeugnisse immer weniger auf seine Kosten zu kommen begann —, da zeigte sich der schicksalsschwere Gegensatz zwischen den Interessen der staatskapitalistischen Sowjetindustrie und den Lebensbedürfnissen der russischen Bauernwirtschaft in seiner ganzen bedrohlichen Größe und Unüberwindlichkeit.

Für seine persönlichen Bedürfnisse und um seine Wirtschaft aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen, braucht der russische Bauer Industrieerzeugnisse, deren Erlangung für die Entwicklung seiner Agrarproduktion Bedingung und Ansporn zugleich ist. Als Konsument hat er das dringende Interesse, diese Erzeugnisse zu möglichst billigen, für ihn erschwinglichen Preisen zu erhalten. Die staatliche Sowjetindustrie aber, die selbst heute, bei den gegenwärtig viel zu niedrigen Löhnen, sich nur über Wasser halten kann, indem sie die Preise ihrer Erzeugnisse auf eine für den Massenkonsumenten nahezu unerschwingliche Höhe treibt, diese Industrie ist nicht in der Lage, den Bedürfnissen der Bauernwirtschaft auch nur annähernd gerecht zu werden. Dieser mit jedem weiteren Wirtschaftsjahre sich immer mehr verschärfende Gegensatz zwischen den Lebensbedürfnissen der russischen Bauernwirtschaft und der inneren Unzulänglichkeit der Staatsindustrie und ihres Handelsapparats stellt die Bolschewistische Partei in ihrer wirtschaftlichen Praxis vor die verhängnisvolle Wahl: entweder sich ganz auf die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft einzustellen und diesem Ziele auch die gesamte Industrieerzeugung in jeder Hinsicht anzupassen, oder aber umgekehrt — den Schwerpunkt ihrer Wirtschaftspolitik von der Landwirtschaft auf die Industrialisierung zu verlegen und diese nach wie vor auf Kosten der Bauernwirtschaft und deren Entwicklungsmöglichkeiten zu betreiben. Beträte die Bolschewistische Partei den ersten Weg, so würde sie ein Maximum an Geldmitteln freimachen und der Staatsindustrie zuführen müssen, damit diese in die Lage versetzt werde, ihre Erzeugnisse den Bauern zu halbwegs erträglichen Preisen anbieten zu können; diese Mittel kann sie aber nur freimachen, indem sie ihre Kapitalien aus dem Handel zurückzieht und diesen vollständig dem Privatkapital überläßt —, was aber ein weites Tür-und-Lor-Öffnen der privatkapitalistischen Wirtschaft und ein vollständiges Aufgeben selbst der letzten Reste kommunistischer Bestrebungen bedeuten würde. Indes: selbst die erhöhten Zuschüsse würden nicht ausreichen, die Senkung der Industriepreise bis zum erforderlichen Grade zu ermöglichen; um dies zu erreichen, würde man außerdem nicht nur jede Hoffnung auf eine kommende Erhöhung der Industrielöhne aufgeben, sondern den an sich schon unzureichenden heutigen Reallohn noch weiter herabsetzen müssen —, was eine Auflehnung der bereits jetzt schon unzufriedenen Arbeiterschaft und deren völlige Abkehr von der bolschewistischen Führung zur Folge haben würde. Wählte die regierende Partei aber den anderen Weg — den Weg der Industrialisierung um jeden Preis und der Beibehaltung sämtlicher staatswirtschaftlicher „Kommandohöhen“ —, und wollte sie unter solchen Umständen die Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiterschaft durch gesteigerte Ausbeutung des Dorfes herbeischaffen —, so würde dies den Ruin der russischen Bauernwirtschaft bedeuten. Die Folge dieses Ruins wäre aber der völlige Zusammenbruch der gesamten russischen Volkswirtschaft und mit dieser — auch der bolschewistischen Herrschaft selbst.

Es liegt auf der Hand, daß die bolschewistische Partei weder den einen noch den anderen Weg ganz betreten kann, ohne dabei sich selbst aufzugeben. Ausgangspunkt und Wesenszug des Bolschewismus ist der für den rebellistischen Intellektuellen so bezeichnende Glaube an die weltumstürzende Allmacht der Idee, des Willens und der Organisation —, der Glaube, daß man mit Hilfe einer genügend straffen Organisation und eines starken Willens die Weltgeschichte, ihrer eigenen Befähigung ungeachtet, nach Belieben lenken, einzelne ihrer Phasen überspringen kann: daß man lediglich kraft der Idee, der Organisation und der politischen Gewalt die rückständigen, vom Flachland beherrschte russische Volkswirtschaft in das Reich des Sozialismus hinüberleiten kann. Der Lebensweg hat indes die Unmöglichkeit einer derartigen willkürlichen Ueberleitung mit

Das Wesentliche.

In Felsen gehauen finden wir hier und dort in der Welt Zeichnungen. Sie stellen Tiere oder Menschen dar und wurden vor Jahraufenden von ganz unkultivierten Menschen in die Felsen geritzt. Dennoch fällt bei den eingegrabenen Zeichnungen dieser Primitiven eines auf, der ausgeprägte Sinn für das Wesentliche. Die wesentlichen Merkmale der gezeichneten Menschen und Tiere wurden erkannt und festgehalten. Und darüber wundert sich die Wissenschaft.

Aber daß sie sich darüber wundern muß, ist bezeichnend. Es läßt vermuten, daß uns heutigen Menschen dieser starke Sinn für das Wesentliche verloren gegangen ist.

Und er ist bei uns auch nicht mehr in dem alten Maße vorhanden. Das zerkleinernde Leben von heute hat auch unser Empfinden verlegt. Dieses Leben mit seinem Kampfe um die Existenz hat den Sinn für das Feinere geschädigt. Das Leben mit seinem Hegen und Jagen hat zu einem stillen Betrachten und künstlerischen Beobachten der Umwelt nicht mehr die Zeit.

Das können wir auch auf anderen Gebieten der Lebens erkennen, daß der Sinn für das Wesentliche nicht mehr diese alte gesunde Klarheit hat. Das erkennen wir auch im organisatorischen Leben. Auch da wird die große wesentliche Linie oft nicht gesehen. Auch in gewerkschaftlichen Kämpfen beobachtet man so oft den führenden Gedanken nicht und läßt die Zielkraft, indem man an Kleinigkeiten nörgelt und weniger bedeutende Nebenerscheinungen für wesentlich hält.

Auch Nebenerscheinungen mag man kritisieren, doch immer nur mit der Kritik, die einer Nebenerscheinung zukommt, aber nie in solcher Art, daß darunter das Wesentliche, das Ganze zu Schaden kommt. Alles muß im Dienste des größten Gedankens geschehen, und eines Menschen ist es nicht würdig, sich soweit im Kleinen zu vergessen, daß der Sinn des Ganzen dadurch gefährdet wird.

Nur das ist menschlich, groß zu denken, in führenden Linien zu streben aufwärts. Ist das nicht herrlich, zu sehen, wie da im primitivsten Menschen solch ein Sinn für das Wesentliche, das Bestimmende, vorhanden ist? Der Mensch ist zu mehr geworden als zum Ausleben in den alltäglichen Kleinigkeiten. Er hat etwas vom Führen in sich, vom Schöpferum, vom immer neuen Gestalten.

So ist es denn auch nicht merkwürdig, daß auch beim gemalten Menschen der Sinn für das Wesentliche eine charakteristische Erscheinung ist. Ein Genie kann nicht sein ohne den ausgeprägten Sinn für das Wesentliche, auf das es sein ganzes Denken und Schaffen als auf die Kernpunkte der Wahrheit lenkt.

Wenn wir darum das so häufige Fehlen des Sinns für das Wesentliche auch aus den Zeitverhältnissen heraus gewiß begreifen, so ist es doch zugleich gegen diesen Zeitgeist, wenn wir klar den Weg gehen, den wir zu gehen gezwungen sind. Mögen auch manche einzelnen vielleicht an der Zeit kränken: unsere Bewegung kränkt nicht.

voller Eindeutigkeit offenbart. Das Leben hat die Bolschewisten vor die Alternative gestellt: entweder ganz beim Bolschewismus zu bleiben und von der Regierung zurückzutreten —, oder als die Partei der Wiederkapitalisierung Rußlands weiter zu regieren und dem Bolschewismus ganz abzuzagen. Die Bolschewistische Partei hat den dritten Weg — den Weg der Halbheit gewählt. . . . Sie konnte nicht gut vor aller Welt dem Bolschewismus endgültig Ja! sagen und sich offen zur Kapitalisierungspolitik — wie diese in Wirklichkeit doch von ihr selbst betrieben wurde — bekennen, wollte sie nicht den letzten Rest der Arbeiter-sympathien verlieren. Um sich aber am Regierungsruder zu behaupten, mußte sie Kapitalisierungspolitik treiben, mußte sie selbst den Bolschewismus zu Grabe tragen. Die Stalin-Partei hat denn auch den eigentlichen Bolschewismus „unter die Erde“ gebracht, und so wurde er — unterirdisch: der Bolschewismus wurde zur illegalen Opposition! . . .

In dieser Hinsicht ist der Umstand überaus bezeichnend, daß, während die „rechte“ Opposition, der die Stalinischen

Konzeptionen an die Bauernschaft noch nicht weit genug sind, in der W.P.R. nur spärlich vertreten ist, die Hauptmasse der Opposition auf dem „linken“, also ganz bolschewistischen Flügel steht, der sich um Trozki, Sinowjew, Preobraschenski konzentriert.

Die „Opposition“, als Fahnenträgerin und einzige Hüterin des Bolschewismus, sträubt sich mit aller Kraft gegen die kapitalistische Weiterentwicklung der russischen Wirtschaft; für sie ist der „Kriegskommunismus“ ein geringeres Übel als die gegenwärtige K.E.P. Und damit spricht sie sich selbst das Urteil: sie kann nicht siegen!

Der um den verheißenen Sozialismus sich betrogen fühlende kommunistisch gestimmte Teil der russischen Arbeiterschaft, empört über die bisher immer noch zunehmende Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse, wendet sich der „Opposition“ zu. Diese Sympathien für die „Opposition“

bringen in verkappter Form, gewissermaßen als Zerrbild, das Bestreben der russischen Arbeiterschaft zum Ausdruck, den proletarischen Klassenkampf gegen jegliche — sei es die privat-, sei es die staatliche (sozialistische) Form der Ausbeutung zu führen.

Kann also die „Opposition“ auch nicht siegen, so wird ihr doch in den russischen Arbeiterkreisen ein gewisser Erfolg so lange beschieden bleiben, als das Leben den russischen Arbeitern nicht die Möglichkeit einer normalen, ihren Lebensinteressen entsprechenden, freiorientierten Klassenbewegung zu bieten vermag.

Die drakonischen Maßnahmen der Stalinpartei gegen die führenden Häupter der bolschewistischen Revolution werden zu dem moralischen Erfolg der „Opposition“ ein übriges beitragen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der drohende Riesenarbeitskampf in der Eisenindustrie ist vor Wochen durch einen Schiedsspruch beigelegt worden. Er sieht die unmittelbare Einführung des Achtstundentages für einen Teil der Eisenindustrie vor. Aber auch diesem Spruch, der den Interessen der Eisenindustriellen sicherlich Rechnung trägt, will sich die rheinisch-westfälische Schwerindustrie nicht beugen. Man versucht immer wieder, die Ausführungen des Schiedsspruches illusorisch zu machen.

Dahin gehört die von der Eisenindustrie erneut aufgenommene Forderung nach Erhöhung der Eisenpreise. Ohne Zweifel will man durch diese Forderung den Reichsarbeitsminister beeinflussen, der zu guter Letzt darüber zu entscheiden hat, wo der Schiedsspruch Anwendung finden soll. So ist die Forderung nach höheren Eisenpreisen einmal für die Unternehmer taktische Maßnahme; des anderen aber wollen sie die Verluste, die ihnen aus der Beteiligung an der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, am Internationalen Eisenpakt erwachsen sind, ausgleichen. Deutschland hat nämlich seine Beteiligungsquote gerade in den letzten Monaten weit überschritten. Dafür muß es an die Kassen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft Strafgebühren zahlen, die weit in die Millionen gehen. Selbstverständlich belasten solche Zahlungen die Herstellungskosten ganz bedeutend, während es durch Gründung des internationalen Eisenpakts nicht gelungen ist, Exportpreise in die Höhe zu treiben, was man der Öffentlichkeit vor Jahr und Tag versprochen hat.

Der Plan der deutschen Eisenindustrie, die Verluste aus der Beteiligung am internationalen Eisenpakt durch Erhöhung der Inlandpreise wertzumachen, ist durchaus möglich. Bekanntlich haben sich die deutschen Eisenindustriellen im Rahmen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft mit der französischen und luxemburgischen Eisenindustrie dahin verständigt, daß diese ihnen in Deutschland keine Konkurrenz machen. In Deutschland kann also der Eisenpreis schließlich nur von Belgien oder England unterboten werden. Das gilt aber auch nur bedingt, da die Eisenkonzerne es durch einen brutalen Kampf gegen den freien Eisenhandel verstanden haben, diesen fast vollständig von sich abhängig zu machen. Die Schwereisenindustrie kann also den deutschen Verbrauchern, vor allem dem deutschen Maschinenbau und den anderen eisenverarbeitenden Industrien, weiter auch dem Baumarkt die Eisenpreise diktieren. Dafür bezahlt sie ja in Form der Strafgebühren (wegen Quotenüberschreitung) Subventionen und Schmiergelder an die übrige festländische Schwerindustrie.

Es zeigen sich hier Auswirkungen der gigantischen internationalen Kartelle, die die Beobachtung der Deffektivität verdienen. Wenn eine wirtschaftswichtige Industrie Millionen an Subventionen an ausländische Unternehmer zahlt, damit sie im Inlande selbst Preise diktieren kann, ist die öffentliche Kontrolle ohne weiteres geboten.

ten. — Die Forderung nach der Eisenpreiserhöhung wird von den Unternehmern mit der teilweisen Einführung des Achtstundentages begründet. Schon die Begründung an und für sich erscheint sehr merkwürdig. Die Verkürzung der Arbeitszeit erfolgte im Anfang dieses Monats. Selbstverständlich muß der ganze Betrieb auf diese Veränderung eingestellt werden. Das erfordert eine Reorganisation der Anlagen. Diese ist bis heute noch nicht vollzogen. Wie kommt man dazu, heute schon, also vor der Reorganisation, zu behaupten, die Einführung des Achtstundentages mache eine Erhöhung des Eisenpreises notwendig? Es handelt sich um eine der leichtsinnigen Argumentationen, an die wir ja bereits gewöhnt sind. Die Art und Weise, wie man hier aber mit der Wahrheit umspringt, ist typisch für den Kampf, den man gegen die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft führt.

Dann etwas anderes: Unterstellen wir einmal als Wahrheit, daß die teilweise Einführung des Achtstundentages die Herstellungskosten unerträglich belastet. Dann wäre notwendig, die Leistungsfähigkeit der Betriebe zu steigern, um den Ausfall auszugleichen. Nur ein solches Vorgehen ist richtig und hat im Laufe der Wirtschaftsgeschichte immer wieder seine Richtigkeit erwiesen. Die deutschen Eisenindustriellen wollen aber einen anderen Weg gehen, indem sie einer eventuellen Verminderung der Rente durch eine Erhöhung der Preise begehren wollen. Das ist kein Weg, den man gehen kann. Wenn man jede Lohnerhöhung durch Preiserhöhung — mit nichts dir nichts — ausgleichen könnte, dann wäre die Frage einer Lohnsteigerung überhaupt kein Problem in unserer Wirtschaft. Die Dinge liegen aber so, daß durch eine Preissteigerung der Verbrauch verringert und der Beschäftigungsgrad reduziert wird, wodurch die Unkosten steigen und die Herstellungskosten sich pro Einheit der Ware erhöhen. Was also auf der einen Seite durch Erhöhung der Preise herintrommt, geht auf der anderen Seite durch Verminderung des Beschäftigungsgrades und durch Erhöhung der Herstellungskosten verloren. Dabei muß berücksichtigt werden, daß unter Einfluß einer glänzenden Eisenkonjunktur die Gewinne der Unternehmer bedeutend gestiegen sind. Man ruft aber nach Preiserhöhungen ohne Rücksicht darauf, daß man ohne Zweifel durch die Preissteigerung die Konjunktur droffelt.

Droht so unserer Konjunkturermittlung eine Gefahr durch die Eisenpreiserhöhung, so erscheint diese Gefahr doppelt hinsichtlich der Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft gegeben zu sein, von dessen Kaufkraft gerade die Bedarfsindustrien, unter anderem die Textil- und Lebensmittelindustrie, abhängen. Es gab mal eine Zeit, wo man dem deutschen Landwirt, vor allem dem Großagrariar, Kredite in Hülle und Fülle gab. Man konnte ihn nicht schnell genug verschulden. Heute werden die Schulden der deutschen Landwirtschaft auf 12,5 Milliarden

Mark geschätzt. Der deutsche Landwirt ist überschuldet. Im Freistaat Preußen gab es im ersten Halbjahr 1927 mehr Zwangsvollstreckungen als in derselben Zeit des Jahres 1913.

Ohne Zweifel muß hier eine Umschuldung vollzogen werden, damit die deutsche Landwirtschaft produktivtechnisch gefördert wird und leistungsfähig bleibt. Zu erreichen ist das nur durch eine großzügige Umstellung, wie man sie in der deutschen Industrie vorgenommen hat. Nur die Erreichung einer größeren Leistungsfähigkeit kann dem deutschen Landwirt helfen. Deshalb ist es nur zu begrüßen, daß die Umschuldungskredite, die unbedingt notwendig erscheinen, nur an solche Betriebe gegeben werden, wo die Umstellung möglich ist. — Wie aber schließlich diese Grundzüge bei einer neuen Hilfsaktion durchgeführt werden, hängt von den jeweiligen Regierungen ab. Behalten die Deutschnationalen das Regierungsruder im Reich doch in Händen, so werden sie auch die neuen Milliarden wieder dazu verwenden, um die bankrotten Großagrariar über Wasser zu halten, anstatt den leistungsfähigen Bauer in Deutschland zu sanieren. Deshalb ist es doppelt bedenklich, wenn der preußische Landwirtschaftsminister, also der Minister einer demokratischen Regierungsbildung, sich vor einigen Tagen für Schutz Zoll und Beibehaltung von Einfuhrschneisen eingesetzt hat. Mit diesen Mitteln hat man die deutsche Landwirtschaft davon abgehalten, sich beizeiten auf die veränderte Marktlage umzustellen. Sie belasten die Lebenshaltung des Volkes, unsere ganze industrielle Produktion, und sind nichts anderes als Liebesgaben für die Großgrundbesitzer. Hier muß unserer Ansicht nach erst einmal freie Bahn geschaffen werden, wenn die Sanierung der deutschen Landwirtschaft gelingen soll.

Wie sich die Einfuhrschneise in Wirklichkeit auswirkt haben, geht aus der Lage der schlesischen Mühlen hervor. Mit Hilfe des Einfuhrschneises haben die schlesischen Landwirte den brauchbaren Teil der deutschen Ernte nach dem Auslande verkauft, mit dem Erfolg, daß in Schlesien größte Materialknappheit herrscht. Die Mühlen klagen, daß die Preise für brauchbares Getreide so hoch angestiegen sind, daß die Wettbewerbsfähigkeit der Mühlen in Schlesien gegenüber denjenigen im Reich vermindert wird. Die Folge davon ist Arbeitslosigkeit. Im Grunde zahlen wir also Agrarierliebesgaben, Exportprämien für Getreide, damit bei uns die Arbeitslosigkeit zunimmt und wir Arbeitslosenunterstützung zahlen müssen.

In ähnlichen Erfolgen scheint auch die Kartellpolitik zu anderen Industrien zu führen. Die Hannoverische Maschinenbau A.-G., kurz Hanomag genannt, ist ein modern ausgerüstetes Werk. Es hat aber im letzten Geschäftsjahr nicht befriedigend abgeköhnt und sieht sich veranlaßt, die Produktion einzuschränken und einen wesentlichen Teil der Belegschaft zu entlassen. Forcht man den Grund für den unbefriedigenden Geschäftsgang nach, so erfährt man, daß die Hanomag im Besitz des Lothringenkonzerns ist und dessen Rohmaterial zu überhöhten Preisen übernehmen muß. Die Preise für jedes Material, das die moderne Hanomag verarbeitet, sind übersteigert, damit eine nicht gerade gesunde Kartellierung wie der Lothringenkonzern bestehen kann. Die ungünstige Auswirkung überhöhter Rohmaterialpreise auf die Fertigungswirtschaft, wie sie bei der Hanomag in Erscheinung tritt, wird sich in großem Maße wiederholen, wenn es der Eisenindustrie gelingt, ihre Preisforderungen durchzusetzen.

Wo der Subventionismus in Blüte steht, ist aber auch die Korruption zuhause. Das beweist der neueste Reparationskandal. Die Sache ist kurz folgende: Deutsche Firmen haben über Reparationskonto an französische Firmen Sachlieferungen ausgeführt und dafür zu hohe Rechnungen ausgestellt. Der Mehrgewinn, den die deutschen Firmen dadurch erzielten, wurde dann zwischen Franzosen und Deutschen geteilt. Mit Hilfe dieser deutsch-französischen Sondervereinbarung hat man, wie es heißt, rund 150 Millionen Mark erbeutet. Der Fall beweist nur, daß Subventionismus und Korruption zusammengehören.

Unter Alkoholschmugglern und Kumpiraten.

Rundfunkvortrag, gehalten am 1. Januar 1928 über die Sender Stuttgart und Freiburg i. B.

Von Carl Göp.

I.

Als die „Rachland“, unser alter, längst überholter Transp., wieder einmal zu einer länger andauernden Reparatur im Hafen von Philadelphia lag, hatten wir Trimmer alle abgemauert. Mit her in einigen Tagen, aber aus entbehrungsreichen Monaten in Kohlenbänken und engen Heizräumen verdienten Feuer in der Laiche und mit der drängenden Gier des Serranans nach all den Langentzerten, auf See immer wieder stillernd erträumten Geschichten der Hafenstädte in den Stänen, ersten Matrosen und Arbeiter ihren üblichen, stilligen Absteigequartieren in den engen, schmalen Gassen am Delaware zu. Ich suchte am ersten Abend mit Oberer Stroh, einem Seizer der „Rachland“, einen kleinen geschichtlichen Zwischenfall in Camden auf, der kleinen Nachbarstadt in New Jersey, jenseits des Delaware. Es ging das verurteilte Gericht unter den Seelerten, daß man bei dem Griechen auch nicht aus muß. Es man halbes Volumprozent Alkohol haben. Wir waren in dieser Hinsicht nicht so optimistisch, denn wir wußten, daß es durchaus nicht so leicht war, alkoholische Getränke zu erhalten, wie man nach fast allgemeiner europäischer Meinung glauben sollte. In Philadelphia wäre es uns bestimmt nicht gesüß, denn der ehemalige Marinegeneral Butler, wohl derjenige, der die Prohibitionskommission hatte in seinem Gebiet der Prohibition mit einer Strafe zur Durchsetzung beschloß, wie sie wohl selten dem Gesetz irgend-eines Landes zuteil geworden ist. Doch Camden war nicht mehr penitentiärisch und New Jersey hatte neben Connecticut und Rhode Island dem Verbot bis zum März 1923 die Befähigung verweigert, was natürlich die Rechtsmäßigkeit des Verbotsgesetzes in diesen Staaten nicht ausschloß. Doch geht New Jersey trotz seiner nachträglichen Anerkennung des Verbotsgesetzes als prohibitionsfeindlicher Staat. Es ging das Gericht, besonders in der trockenen Landschaft, die Staatsregierung von New Jersey kümmerte sich wie auch die von Rhode Island, Connecticut und später auch die von New York nicht um die Bestimmungen des Gesetzes,

dem ihr Staat spät genug und auch da angeblich nur widerwillig zugestimmt hatte. Und praktisch lag die Durchführung des Gesetzes doch in erster Linie bei den Staatsregierungen, wenn auch die Mitwirkung der Bundesregierung vorgesehen war.

Trotz dieser offensichtlich für unser Vorhaben recht günstigen Sachlage war es uns an jenem Abend nicht gelungen, von dem Griechen auch nur einen Tropfen Alkohol zu erhalten. Dies enttäuschte uns um so mehr, als wir den Griechen bestimmt in geheimnisvoller Verbindung mit der Kumpiratswelt gekannt hatten, von der wir allerdings bis dahin nur sehr unklare Vorstellungen hatten, die wir aber bei dieser Gelegenheit irgendwie zu klären hofften. Dies war der wesentliche Grund dafür gewesen, daß wir das Lokal des Griechen anstufchten. Wenn wir unseren Durst auch mit unvergorenem Traubenmost, der beliebten grapo juice, löschen mußten, sollten wir doch hinsichtlich unseres anderen Wunsches auf unsere Rechnung kommen. Allerdings nicht durch den Griechen, sondern durch Mr. Blad, einen ehemaligen Schiffsfreund Oberer Strohs, der sich zu uns gefehlt hatte. Oberer fragte ihn erkrankt, warum er denn zu seinem Lunch so weit an Land gehe, da er doch wohl auch jetzt noch in Indertion wohne, ganz an der Atlantischen Küste, über 50 Meilen von Camden entfernt. Ich bemerkte, daß Mr. Blad mit einem vielstimmigen Blick auf mich die Köpfe nickte und lächelte. Oberer versicherte ihm meiner unabdingbaren Vertrauenswürdigkeit. Daraufhin rüsten wir unser zusammen, brühten uns in einer fast feierlichen Anwandlung die Hände und jogen die Lampe etwas näher. „Dann ich alle 21 Tage einmal hierher komme, künftighin bereits wissen, wenn meine beiden Geschäftsfreunde, die ich hier erwarte, nicht so vertauscht unpolitisch wären — vorausgesetzt, daß sie in einer Gegenwart verhandeln würden. Die Fuden und Keller am Meer sind nicht mehr gebener für unsere Zusammenkünfte. Es ist übrigens nicht mehr wie damals, als wir uns das letztemal sahen. Für uns Kleinen ist nichts mehr. Es geht fast nicht mehr ohne Protektion. Ich rate dir: Laß die Hände vom Rum.“

Bei keinem leise gestürzten letzten Worten waren zwei ältere Herren von überaus bürgerlichem Aussehen zu uns getreten. Bei ihrer kühl beherrschten Zurückhaltung hätte man eher an ein zufälliges, inspektionsbelangloses Zusammentreffen als an eine wohl-überlegte Verabredung glauben mögen. Wir entsetzten uns und vereinbarten mit Mr. Blad unauffällig, daß wir ihn in

einem der Nebenräume erwarten wollten. Unsere Unterhaltung drehte sich in Blads Abwesenheit gewissermaßen um die „rechtlichen Grundlagen“ seines Gewerbes. Diese erschienen mir damals wesentlich anders als heute, nachdem ich Oberers zweifelhaftes Meinungen und Feststellungen durch eigene Beobachtungen und eingehende objektive sachliche Studien zu revidieren Gelegenheit hatte. Der zum Verständnis des ganzen Kumpirats nötige Tatbestand war folgender: Am 16. Januar 1920 trat in Amerika der 18. Zusatz zur Verfassung in Kraft, nach welchem die Herstellung, der Verkauf oder Transport von berausenden Getränken, wie auch ihre Einfuhr und Ausfuhr, in den Vereinigten Staaten und in allen deren Gerichtsbarkeit unterstellten Gebieten verboten ist. Als berausende Getränke gelten sämtliche alkoholischen Getränke, welche ein halbes Volumprozent oder mehr Alkohol enthalten.

Damit dieses weittragende Gesetz zustandekommen konnte, war eine Zweidrittelmehrheit im Senat und in der Abgeordneten-kammer nötig gewesen. Außerdem die Bestätigung durch drei Viertel der 48 Unionsstaaten innerhalb sieben Jahren. Der aus 96 Mitgliedern bestehende Senat nahm am 1. August 1917 die Gesetzesvorlage mit 65 gegen 20 Stimmen an, das Abgeordnetenhaus am 17. Dezember mit 282 gegen 128 Stimmen. Die Bestätigung des ersten Staates, Mississippi, traf bereits am 9. Januar 1918 ein. Nach etlichen Tagen mehr als einem Jahr, am 16. Januar 1919, bestätigte Nebraska als 36. Staat den Verfassungszusatz. Somit wurde er ein Jahr später, am 16. Januar 1920, rechtskräftig. Innerhalb sechs Wochen gingen auch die Bestätigungen weiterer neun Staaten ein. Nur Connecticut, New Jersey und Rhode Island standen noch abseits, was natürlich die Gültigkeit des Gesetzes für sie nicht beeinträchtigte. Erst 1923 bestätigte New Jersey das Gesetz, New York hingegen machte sein Ausführungsgesetz wieder rückgängig.

In Belgien und Holland.

III.
Holland.

Unserm Programm nach waren noch vier Tage vorgesehen zum Besuch der Städte Rotterdam und Amsterdam. Die Bahn brachte uns über Geiden-Rosendaal-Dordrecht nach Rotterdam. Die Landschaftsbilder waren interessant, Viehweiden,

Lohnsteuererstattungen.

Es sind vom Reichsminister der Finanzen neue Richtlinien für die Erstattung der Lohnsteuer aufgestellt, die gegen das Vorjahr verschiedene Neue bringen. Im folgenden sei das Wichtigste daraus dargelegt.

Hinsichtlich des Kreises der Erstattungsberechtigten Personen gilt, daß im Grunde alle veranlagten Arbeitnehmer Erstattungsberechtigt sind. Es kommen danach nicht in Frage solche mit Arbeitseinkommen über 8000 Mt. und solche, deren Gesamteinkommen (Reineinkommen) 8000 Mark nicht überstiegen hat, wenn in ihm außer Arbeitslohn noch sonstiges Einkommen von mehr als 500 Mt. enthalten ist.

Als Erstattungsgründe sehen die Richtlinien vor Verdienstausfall (einerlei welcher Art, also z. B. Erkrankung, Streik, Aussperrung, Saisonarbeit, Entlassung, freiwilliges Ausscheiden), Belastung durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse (Krankheit, Unfall, Verschuldung, Aufwendungen für die Erziehung, Unterhalt mittelstuflicher Angehöriger usw.) und Arbeitseinkommen nicht über die sogenannte Freigrenze, die beträgt bei

unverheirateten Arbeitnehmern	1200 Mt.
verheirateten ohne Kinder	1320 Mt.
verheirateten mit einem Kind	1440 Mt.
verheirateten mit zwei Kindern	1680 Mt.
verheirateten mit drei Kindern	2160 Mt.
verheirateten mit vier Kindern	2880 Mt. usw.

Bei Verdienstausfall ist die Erstattung gegeben, wenn der steuerfreie Lohnbetrag von regelmäßig 1200 Mt. und die nach dem Familienstande freibleibenden Beträge im Jahre nicht voll berücksichtigt sind. Berücksichtigt werden nur volle Wochen, bei Verdienstausfall zu mehreren Seiten des Jahres werden diese Ausfälle zusammengerechnet.

Bei Kurzarbeitern, die im Wochenlohn stehen, deren Arbeit in der Woche aber aus betrieblichen Gründen nur drei Tage umfaßt, sind beim Steuerabzug die Wochenbeträge des steuerfreien Lohnbetrages und der Familienermäßigungen gutzubringen und nicht etwa nur drei Tage. Entsprechendes gilt von solchen Kurzarbeitern, die im Wochenlohn wegen Betriebseinschränkung am Tage nur vier Stunden arbeiten; auch bei ihnen ist also der volle Wochenbetrag gutzubringen. Es können andererseits aber auch Kurzarbeiter keinen Erstattungsanspruch geltend machen, wenn der während der Zeit der Kurzarbeit gezahlte Lohn so hoch gewesen ist, daß die steuerfreien Beträge voll berücksichtigt worden sind, da es dann an der gefälligen Vorauszahlung für die Erstattung wegen Verdienstausfall, nämlich an der nicht vollen Gutbringung der steuerfreien Beträge fehlt. War der Verdienst geringer, sind also die steuerfreien Beträge nur zum Teil (nämlich in Höhe des Verdienstes) berücksichtigt worden, so könnte nur ein entsprechender Teil des Pauschbetrages zur Berücksichtigung kommen, es ist hier aber aus Zweckmäßigkeiten zur Vermeidung von Schwierigkeiten bestimmt, daß an die Stelle der Pauschberechnung Individualberechnung unter Würdigung also der tatsächlichen Verhältnisse des Falles tritt. Dasselbe gilt für *Witford-* und *Heimarbeiter*, soweit Steuerbeträge überhaupt einbehalten sind.

Wie in den Vorjahren ist auch diesmal wieder für *Kriegs-* und *Zivilbeschädigte* Besonderes bestimmt.

Es sind nämlich *Kriegs-* und *Zivilbeschädigten* mit mindestens 25 Proz. Erwerbsbeschränkung bei Verdienstausfall um den Prozentfuß der Erwerbsbeschränkung erhöhte Pauschbeträge zu gewähren, und zwar auch dann, wenn ein Antrag auf Erstattung des steuerfreien Lohnbetrages nicht gestellt ist, aber im Erstattungsantrage die Beschädigung geltend gemacht ist.

Sodann ist *Kriegsbeschädigten*, bei denen ein Verdienstausfall nicht vorgelegen hat, und die einen Antrag auf Erhöhung der steuerfreien Lohnbeträge mit Rücksicht auf die Beschädigung nicht gestellt haben, auf Antrag der Unterschied zwischen der einbehaltenen Steuer und der Steuer zu erfassen, die sich ergibt, wenn die Steuer unter Berücksichtigung

der erhöhten Freibeträge berechnet wird. Das gilt auch dann, wenn ein höherer Grad der Erwerbsbeschränkung rückwirkend anerkannt wird, gegebenenfalls auch für die Zeit vor dem 1. Januar 1927.

Hinsichtlich der Erstattungsfähigen Beträge bei Verdienstausfall enthalten die Richtlinien die folgende Tabelle. Es sind für jede volle Woche des Verdienstausfalls, wenn die steuerfreien Beträge nicht voll gutgebracht wurden, zu erstatten bei einem

unverheirateten Arbeitnehmer	2,40 Mt.
verheirateten ohne Kinder	2,65 Mt.
verheirateten mit einem Kind	2,90 Mt.
verheirateten mit zwei Kindern	3,35 Mt.
verheirateten mit drei Kindern	4,30 Mt.
verheirateten mit vier Kindern	5,75 Mt. usw.

Der Erstattungsantrag ist zu stellen bis höchstens zum 31. März 1928, danach eingehende Anträge werden nicht mehr berücksichtigt. Zuständig ist das Finanzamt, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 31. März 1927 seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat.

Beizugeben sind dem Antrag vor allem die Steuerkarte nebst Einlagebogen bzw. Bescheinigung des Finanzamts, daß diese schon abgeliefert sind. Sodann eine Bescheinigung des Arbeitgebers, aus der sich die Höhe des Lohnes, die einbehaltenen Lohnsteuer und Angaben über die Zeit der Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. entnehmen lassen. Im Falle des Verdienstausfalls durch Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, bei Erwerbslosigkeit, Aussperrung oder Streik die Erwerbslosenkontrolkarte, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge oder eines Berufsverbandes. Bei Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse Rechnungen und andere geeignete Belege.

Als Rechtsmittel ist vorgezogen der Einspruch bei Verdienstausfall und dem Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse, der binnen 1 Monat nach Bekanntgabe der Entscheidung beim Finanzamt anzubringen ist.

Nicht ausgeschlossen wird der Erstattungsanspruch dadurch, daß von Seiten des Arbeitgebers der einbehaltenen Steuerbetrag nicht vorchriftsmäßig abgeführt oder verwendet ist.

Vordrucke für den Erstattungsanspruch hat das Finanzamt zur Verfügung (kostenlos).

Aus der Industrie.

Kommerszentrat Dr. W. Sobernheim.

Generaldirektor der Schültheiß-Pagenhofer-Brauerei, Berlin, feierte am 2. Januar sein 25jähriges Jubiläum im Vorstand der ehemaligen Pagenhofer-Brauerei, der jetzigen Schültheiß-Pagenhofer-A.G. Dr. Sobernheim gehört zu der Gruppe der Arbeitgeber, die Verständnis für die Interessen der Arbeiter besitzen und dementsprechend ihren Einfluß ausüben.

Zum Jubiläumstage hat Dr. Sobernheim die Summe von 100 000 Mt. zu einer Walter-Sobernheim-Stiftung zur Verfügung gestellt, die Zinserträge sollen den Angestellten, Arbeitern und ihren Familien zugute kommen in Ergänzung der staatlichen Krankenhilfe, zur Durchführung eines besonderen Heilverfahrens, für Kuraufenthalt u. dgl.

Brauereien.

Elfenach. Aktienbrauerei. Die Generalversammlung setzte die Dividende für 1926/27 auf 8 Proz. (i. V. 6 Proz.) fest.

Frankfurt a. M. Brauerei Henninger-Kempff-Stern A. G. Der Aufsichtsrat beschloß, für 1926/27 unänderte Dividenden, und zwar 10 Proz. für die Stammaktien und 7 Proz. für die Vorzugsaktien vorzuschlagen.

Hoerde. Stifts-Brauerei A. G. und Bürgerliches Brauhaus. Das Geschäftsjahr 1926/27 erbrachte einen Brutto-Uberschuß von 369 661 Mt. Nach Abschreibungen von 213 654 Mt. (188 096) ergibt sich ein Reingewinn von 156 007 Mt. (108 017). Der Aufsichtsrat beschloß, hieraus eine Dividende von 7 Proz. (i. V. 5) zu verteilen. Die Gesellschaft nimmt zurzeit umfangreiche Bauten vor.

Endwigsbafen a. Rh. Bürgerbräu. Diese Brauerei hat im Geschäftsjahr 1926/27 eine Gesamteinnahme von 2 895 096 (2 339 088) Mt. erzielt, worin der Vortrag aus dem Vorjahre in Höhe von 31 589 (35 859) Mt. enthalten ist. Nach dem Vorschlage der Verwaltung sollen 8 Proz. Dividende auf 5000 Mt. Vorzugsaktien im Betrage von 400 Mt. verteilt, 40 000 Mt. an den Spezialreservecfonds, 80 000 Mt. an das Direktorenkonto überwiesen, 120 000 Mt. für die Dividende (12 Proz.) bereitgestellt, 30 100 Mt. für den Aufsichtsrat, die Direktion und Beamenschaft zur Verfügung gestellt und 31 939 Mt. vorgetragen werden.

Mainz. Mainzer Aktien-Bierbrauerei. Die Generalversammlung genehmigte den bekannten Abschluß für 1926/27 mit 11 (9) Proz. Dividende.

Minden i. Westf. Aktien-Brauerei Feldschlösschen. Die Generalversammlung beschloß die Verteilung von 8 Proz. Dividende wie im Vorjahre.

München. A. G. Gaderbräu. Das Geschäftsjahr 1926/27 erbrachte einschließlich 239 639 Mt. Vortrag einen Bruttogewinn von 1 020 130 Mt. (i. V. 1 111 349). Nach Abzug der Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 819 212 Mt. (833 850). Hieraus sollen wieder 10 Proz. Dividende verteilt werden.

München. Aktienbrauerei zum Löwenbräu. Das Unternehmen erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Abschreibungen und Zantimen einen Reingewinn von 2 291 068 (2 065 153) Mt. Hieraus sollen 400 000 Mt. zur Bildung einer Erneuerungsrücklage verwendet werden. Weiter soll die Zuweisung zur Alters- und Unterstützungskasse für Angestellte und Arbeiter auf 200 000 Mt. verdoppelt werden. Die 45 000 Mt. Vorzugsaktien erhalten wieder eine 5proz. Dividende. Die Ausschüttung von 13 Proz. (i. V. 12 Proz.) Dividende auf 13 Mt. Reichsmark Stammaktien erfordert 1,69 Millionen. Zum Vortrag verbleiben 69 855 Mt.

Aus der Organisation.

Kollege G. Bödentröger 20 Jahre Vorsitzender des Ortsvereins Bremen.

Der Beginn der Amtstätigkeit des Kollegen Bödentröger als Vorsitzenden des Ortsvereins Bremen geht zurück auf die Zeit, da wohl schon der Beschluß des Verbandstages der Brauereiarbeiter von 1893 bestand, die gesamten Brauereiarbeiter in eine Organisation zu vereinigen, der Beschluß selbst aber noch nicht überall durchgeführt war. In mehreren Orten hatten sich lokale Vereine der Brauereihilfsarbeiter gebildet, andererseits auch lokale Vereine der Bierfahrer, teils waren beide Gruppen in einem Verein zusammengeschlossen. In Bremen wurde schon im Jahre 1896 der Verein der Brauereiarbeiter Bremen und Umgebung gegründet. Am 8. Januar 1897 wurde Kollege Bödentröger als Vorsitzender des Vereins gewählt. Er gehörte zu denjenigen, welche die zentrale Organisation als Notwendigkeit erkannten und sich deshalb auch mit aller Energie für den Anschluß des lokalen Brauereiarbeitervereins an den Zentralverband der Brauereiarbeiter einsetzte. Bereits am 1. August 1898 fand der Anschluß des Lokalvereins an den Zentralverband der Brauereiarbeiter statt, mit Bödentröger als Vorsitzenden, welches Amt er auch heute noch verwaltet; bis 1906 ehrenamtlich und von da ab als Angestellter des Verbandes.

Der Bremer Ortsverein ist unter der Verwaltung des Kollegen Bödentröger groß und stark geworden und hat sich den nötigen Einfluß in der Vertretung der Arbeiterinteressen zu erkämpfen und zu sichern gewußt, er verbindet seine Glückwünsche an den Jubilär mit den Wünschen, daß er noch lange seines Amtes mit gleichem Erfolge walten möge.

Wieschaffener Jubilare.

Als Abschluß des Jahres hatten wir unsere Kollegen zu einer kleinen Doppelfeier eingeladen. Die eine galt unserem Kollegen Seebauer, der 25 Jahre unserer Organisation angehört und am 3. Januar nach Amerika auswanderte, um dort seinen Lebensabend bei seinem Sohne in Ruhe zu verbringen. Kollege Seebauer, der auch in der jüngeren Zeit seinen Humor niemals verlor, jedem Kollegen hilfreich zur Seite stand und frei und

Gärtnerien und Baumgärten, dazwischen kleine saubere Orte liegen an uns vorüber. Anmutig wirken die Frauen und Mädchen in ihrer holländischen Tracht mit der weißen Kopfschleife und den Holzschuhen. Am Bahnhof wurden wir von unserem Führer empfangen, der für uns ebenfalls schon in einem Hotel Quartier besorgt hatte. Ich hatte Glück, erhielt ein Bett und Zimmerchen für mich, während einige andere Kollegen sich ein Bett teilen mußten (diese sind etwas breiter als die übrigen). In Antwerpen betraf es mich, 108 Stufen hoch, weiter ging es nicht, zu zweit in einem Bett und eine Fensterluke so groß wie eine Wäschebüchse. Doch damit muß man bei einer solchen Reise im Voraus rechnen, wir wollten unsere Reisefosten auch nicht übersehen. Nach unserer Markt berechnete sind die Lebensverhältnisse in Holland teuer, ein Gulden = 1,70 Mt. Vorsicht war geboten.

Besichtigungen waren für diesen Sonntag nicht vorgesehen. Die günstige Gelegenheit wurde benützt, wir fuhren nach Haag und von da an die Nordsee. Durch das herrliche Wetter war reger Betrieb am Strand. Auch wir leisteten uns ein erfrischendes Bad in den Fluten der Nordsee, danach streckten wir uns noch einige Zeit in den warmen Sand. Den nächsten Weg ging zurück, von der Strandbahn aus sahen wir in Haag das hohe Gebäude des Schiedsgerichts vom Völkerbund. Abends hatten wir noch Zeit die Stadt anzusehen.

Gegenüber unserem Führer mit seinem temperamentvollen Wesen war der jetzige das Gegenteil, ruhig, er antwortete nur auf das, was gefragt wurde, jedoch freundlich. Diese beiden verkörperten die verschiedenen Eigenarten ihrer Länder in sich. Vorausschicken möchte ich, daß auch die Führung durch Holland gut organisiert und geleitet wurde.

Am nächsten Morgen folgte eine Wanderung durch die Stadt nach dem Hafen. Rotterdam mit seinen 550 000 Einwohnern hätte einen äußerst hygienischen Eindruck aus durch seine sauberen Straßen und Häuser, sowie den regen Verkehr. Vom Führer wurden uns die Lebensverhältnisse gezeigt und erklärt.

Hauptsächlich um 9 Uhr waren wir zur Stelle, ein Boot der Stadtverwaltung erwartete uns schon. Der Hafen von Rotterdam besteht aus drei großen Hafenbecken mit einer Oberfläche von etwa 400 Hektar und einem Tiefgang durchschnittlich von 8,5 Meter. In den letzten Jahren sind große Erweiterungen

vorgenommen worden, berechnet im Lonnengehalt der eingelaufenen Schiffe sieht der Rotterdammer Hafen an zweiter Stelle, nächst Hamburg, es folgt dann Antwerpen und Amsterdam. Wir durchfahren den Maashafen, überall rege Tätigkeit. Große Heber-, Seebampfer und Lastfähnen wurden ent- und beladen, mit Kohle, Holz, Erze und Frachtgütern. Kleine Motorboote durchkreuzten den Hafen, sie versorgten die Schiffe mit Lebensmitteln, Getränken und Waren aller Art. Der Maal- und Rheinhafen zeigte uns daselbst, so wechselte das Bild ständig vor unseren Augen. Nach zwei Stunden war die interessante Rundfahrt beendet.

Anschließend folgte die Besichtigung eines Lagerhauses am Hafen. In den unteren Räumen lagerten Stüdgüter, jeder Posten mit einem bestimmten Lagerchein versehen. Diese Waren verbleiben dort bis auf Abruf, den Besitzer kennt die Firma nicht, da durch An- und Verkauf an der Börse der Besitzer öfters wechselt. In den oberen Räumen lagerten Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel. Den Transport aus den Räumen besorgen in kurzer Zeit Elevatoren und Abhänger, in Silos, die 300 bis 1000 Tonnen aufnehmen können.

Der indische Dampfer *Slamat* konnte von uns besucht werden. Er hatte eine Länge von 150 Meter, einen Rauminhalt von 12 000 Tonnen, und war eingerichtet für 500 Passagiere, dazu konnte noch Fracht geladen werden. Die Einrichtung war modern, seit zwei Jahren erst im Betrieb. Von Rotterdam bis Pompeii fährt er in 35 Tagen, die Antriebskraft wurde durch Dieselmotore erzeugt. Ein Angestellter des Schiffes führte uns durch die verschiedenen Räume.

Am Nachmittag ging's zum Rathaus. Ein gewaltiger Bau aus Naturstein, der Turm im Innenhof ist 75 Meter hoch; vor zwei Jahren ist der Bau erst beendet worden. Die Inneneinrichtung ist prunkvoll, vor allem der Empfangssaal. Im Sitzungssaal der Stadtverordneten fanden wir folgenden Spruch an der Wand: „Während sie reden, fließt die Zeit.“ Das Stadtparlament ist zusammengesetzt aus 21 Mitgliedern der Linken, 21 der Rechten und das Junglein an der Wage leitet sich ein Unparteiischer. Der Oberbürgermeister wird in Holland von der Regierung ernannt.

Interessant war auch das Wasserwerk der Stadt. Der Leiter dieses Werkes führte uns durch die Anlagen und gab uns die

nötigen Erläuterungen dazu. Die Aufgabe besteht darin, das Wasser aus der Maas entnehmen zu machen. Dies geschieht durch große Klärbassins und Sandfilter. Weiße Strecken der Umgebung werden damit versorgt. Die Jahresleistung beträgt 26,5 Millionen Kubikmeter.

Etwas vom Militarismus.

Im Militärhospital in Antwerpen wurden einigen Gendarmen, die den Krieg mitgemacht hatten und eine Pension beanspruchten, 128 Fragen vorgelegt. Ueber Zahl, Inhalt und Art dieser Fragen wundert sich der frühere Arbeitsminister Joseph Wauters mit Recht, und er hat deshalb den Verteidigungsminister interpelliert.

Von den Fragen sind einige recht scherzhafter Art. Hier ein paar Proben:

- Frage 40: Haben Sie in Ihrer Jugend gebummelt?
- 83: Wie ist der Ruf der Eltern?
- 86: Wie war der Gesundheitszustand der Eltern im Augenblick der Erzeugung? (Krankheit, Ueberanstrengung, Trunkenheit.)
- 88: Hat die Mutter Fehlgeburten gehabt?
- 91: Sind Sie eine Frühgeburt? (Warum und in welchem Monat?)
- 92: Sind Sie auf normale Weise zur Welt gekommen?
- 93: Wie lange hat Ihre Entbindung gedauert?
- 100: Wann haben Sie Ihren ersten Zahn bekommen?
- 104: Haben Sie ungewöhnlich lange das Bett genützt?
- 109: Haben Ihre Brüder einen guten Ruf?
- 122: Was machen Ihre Schwestern, benehmen sie sich anständig?
- 136: Benimmt sich Ihre Frau anständig und geht es ihr gut?

Man muß immerhin zugeben, daß der Militarismus nicht nur in Deutschland sonderbare Formen anzunehmen vermag.

